

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	11
I. Einführung in die Problematik	14
II. Gang der Untersuchung	17
B. Darstellung der Funktionsweise der EEG-Umlage	21
I. Die EEG-Umlage	21
II. Funktionsweise des Ausgleichsmechanismus nach dem EEG 2012	23
1. Anschluss-, Abnahme- und Vergütungspflicht der Netzbetreiber (1. Stufe)	24
2. Ausgleich zwischen Netzbetreibern und Übertragungsnetzbetreibern (2. Stufe)	28
3. Horizontaler Ausgleich der Übertragungsnetzbetreiber untereinander (3. Stufe)	30
4. Zahlung der EEG-Umlage durch die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (4. Stufe)	33
a. Alter Mechanismus: physikalische Wälzung	35
b. Neuer Mechanismus: Geldleistungspflicht	37
5. Zahlung der EEG-Umlage durch die nicht-privilegierten Letztverbraucher (5. Stufe)	40
III. Änderungen im Rahmen der EEG-Novelle 2014	43
1. Vorstellung der wesentlichen Änderungen	43
2. Änderungen in Bezug auf den Ausgleichsmechanismus	47
3. Einbeziehung der Eigenversorgung in die Zahlungspflicht	50
IV. Berechnung der EEG-Umlage durch die Übertragungsnetzbetreiber	52
1. Grundlagen der Berechnung	53
2. Berechnung der EEG-Umlage 2014	55
3. Berechnung der EEG-Umlage 2015	57
V. Zusammenfassung	58

Inhaltsverzeichnis

C. Charakteristische Merkmale von Sonderabgaben und Preisregelungen	61
I. Charakteristische Eigenschaften von Sonderabgaben	61
1. Grundlagen	61
a. Entwicklung des Sonderabgabentatbestandes	62
b. Grundlegende (Tatbestands-)Merkmale einer Sonderabgabe	65
c. Arten von Sonderabgaben	67
aa. Finanzierungssonderabgaben	68
bb. Sonderabgaben ohne Finanzierungsfunktion	68
d. Sonderabgaben vor dem BVerfG	69
2. Sonderabgaben im System der Finanzverfassung	71
a. Einführung in die Finanzverfassung	71
aa. Oberbegriff des Finanzrechts	71
bb. Finanzverfassung als Teilbereich des Finanzrechts	72
b. Andere Abgabenarten der Finanzverfassung neben der Sonderabgabe	76
aa. Steuern	77
bb. Vorzugslasten: Gebühren und Beiträge	80
(1) Gebühren	80
(2) Beiträge	81
c. Vorgaben der Finanzverfassung für die Einführung neuer Abgaben	82
aa. Grundsatz der Steuerverfassung	82
bb. Belastungsgleichheit der Zahlungspflichtigen	83
cc. Einhaltung der vorgegebenen Kompetenzordnung	83
dd. Grundrechtliche Rechtfertigung	84
ee. Grundsatz der Haushaltsklarheit	84
ff. Formenklarheit und Formenbindung	84
gg. Zusammenfassung	85
3. Verfassungsrechtliche Problematik von Sonderabgaben	86
a. Gesetzgebungskompetenz außerhalb der Finanzverfassung	86
b. Haushaltsflüchtigkeit des Abgabeaufkommens	86
c. Gefährdung der Belastungsgleichheit der Bürger	87
d. Folge	87

4. Rechtmäßigkeitsanforderungen an (Finanzierungs)Sonderabgaben nach dem BVerfG	88
a. Verfolgung eines besonderen Sachzwecks	88
b. Belastung einer homogenen Gruppe	89
c. Spezifische Sachnähe zu der zu finanzierenden Aufgabe	90
d. Spezifische Gruppenverantwortung	90
e. Gruppennützige Verwendung des Abgabeaufkommens	91
f. Regelmäßige Überprüfung	92
5. Zusammenfassung	92
II. Charakteristische Merkmale von Preisregelungen	93
1. Vorgaben in Form einer Preisregelung	93
a. Gestaltungsmöglichkeiten	94
b. Merkmale einer Preisregelung	95
aa. Hoheitliche Maßnahme	95
bb. Einflussnahme auf ein bestehendes Austauschverhältnis	95
cc. Einflussnahme bezüglich des Wertverhältnisses	96
c. Zusammenfassung	97
2. Grenzen von Preisregelungen	97
3. Zusammenfassung	98
D. Einordnung der EEG-Umlage	99
I. Möglichkeit der Einordnung der EEG-Umlage als Preisregelung	99
1. Umlage der entstehenden Kosten	100
2. Leistungsbeziehung	101
3. Gegenleistung	102
4. Zwischenergebnis	104
II. Möglichkeit der Einordnung der EEG-Umlage als Sonderabgabe	105
1. Allgemeine Tatbestandsmerkmale einer Sonderabgabe	106
2. Öffentliche Aufkommenswirkung entscheidend	107
3. Bewertung des staatlichen Einflusses	113
a. Vergleichbarkeit des EEG-Kontos mit einem öffentlichen Fonds	113
b. Staatliche Lenkung des Geldflusses	115

Inhaltsverzeichnis

c.	Aufsicht durch staatliche Stellen	120
aa.	Kompetenzen des BAFA	120
bb.	Kompetenzen der BNetzA	121
d.	Zurechnung der Handlungen der ÜNB zum Staat	122
aa.	Beleihung	123
bb.	Indienstnahme	125
e.	Vergleich mit der Gefährdungslage beim sog. Kohlepennig	127
aa.	Funktionsweise des Kohlepennigs	127
bb.	Ähnlichkeiten und Unterschiede zur EEG-Umlage	131
cc.	Ergebnis des Vergleichs	133
f.	Europarechtliche Argumentation	133
g.	Volumen der EEG-Umlage	139
h.	Zusammenfassung	140
4.	Analoge Anwendung der finanzverfassungsrechtlichen Vorschriften	142
5.	Formenmissbrauch	143
6.	Zwischenergebnis	147
III.	Zusammenfassung	149
E.	Rechtfertigung der EEG-Umlage	151
I.	Besonderer Sachzweck	151
II.	Homogene Gruppe	152
1.	Ausschlaggebende Gruppe	152
2.	Homogenität dieser Gruppe	154
III.	Übrige Rechtfertigungsanforderungen	156
IV.	Zusammenfassung	160
F.	Ergebnisse der Arbeit	161
I.	Fazit	161
II.	Zusammenfassung in Thesenform	164
Literaturverzeichnis		167